Partei in der Demokratie : Demokratie in der Partei

Autor(en): **Engler, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **46 (1967)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-337925

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Urs Engler

Partei in der Demokratie — Demokratie in der Partei

Gedanken eines jungen Parteimitgliedes im Wahljahr 1967

Zurückgehender Mitgliederbestand, leere Versammlungssäle, steigendes Durchschnittsalter . . . dies sind Erscheinungen, die wir in der SP langsam als Schicksal hinzunehmen bereit sind. Andern Parteien geht es ja nicht besser, heisst es etwa als Trost. Die Gefahr dieser fatalistischen Haltung ist gross, denn ein wirkungsvoller Kampf gegen diese Entwicklung würde von den wenigen, die heute in einer Partei noch Verantwortung zu tragen bereit sind, kaum zumutbare Anstrengungen erfordern.

Dennoch scheint es mir gefährlich, sich in der Haltung der letzten Gerechten in das parteiinterne Schneckenhaus zurückzuziehen und die Kritik des Volkes als unqualifiziert zurückzuweisen.

«Faule Parlamentarier! Die Parteien haben versagt!»

Dies sind zwei stereotype Urteile, die man oft zu hören bekommt. Eine Zeitung, die sich über mangelnde Disziplin in den Parlamentssälen aufhält, kann mit den dadurch provozierten Leserbriefen manche Seite füllen. Diese Stimmen müssen wir ernst nehmen!

Tatsächlich kommt den Parteien in unserer Proporzdemokratie eine Hauptrolle zu, die sehr viel von ihnen verlangt. Sie stellen die Listen für die Proporzwahlen unserer Parlamente zusammen und entscheiden damit als erste Instanz über deren Zusammensetzung. Geniessen die Parlamentarier das Vertrauen des Volkes nicht mehr, so heisst das nichts anderes, als dass die Parteien ihrer Selektionsaufgabe nicht mehr gewachsen sind. Das ist nicht verwunderlich. Die Parteien erfassen heute einen so geringen Teil der Bevölkerung, dass schon aus diesem Grunde kaum die wirklichen Volksvertreter aus ihnen hervorgehen können.

Dazu kommen noch weitere Momente, die die Vorauswahl innerhalb der Parteien behindern und verfälschen.

Rivalen statt Mitstreiter

werden nämlich, krass ausgedrückt, viele Parteimitglieder, sobald es um die Zusammenstellung einer Wahlliste geht. In jeder Partei gibt es Ehrgeizlinge, die zwar zu Leistungen für die Partei bereit sind, die dafür aber «Honorierung» erwarten. Jeder bekannte und fähige Mitbewerber auf der Liste verringert nun natürlich die Wahlchancen dieser Parlamentsaspiranten. Eine zugkräftige Kandidatenliste dient zwar dem Interesse der gesam-

ten Partei, weil ihr dadurch auch Zusatzstimmen aus andern politischen Lagern zufliegen. Den persönlichen Wünschen einzelner Listenkandidaten jedoch widerspricht sie oft.

Dieses ambivalente Verhältnis herrscht oft auch zwischen den alteingesessenen Parteimitgliedern und den Neueintretenden. Jeder Neue ist ja ein potentieller Rivale. Es gibt sogar Kantonalparteien, die sich vor Neuen durch Statutenbestimmungen schützen, indem sie zum Beispiel dreijährige Mitgliedschaft für eine Kandidatur voraussetzen!

Wen erstaunt es da noch, dass ausgesprochene Parteikreise nichts von Diskussionen über das sogenannte «Helvetische Malaise» wissen wollen? Sie leben ja davon! Würden wieder mehr Leute den Parteien beitreten und dort aktiv mitarbeiten, so wäre das bestimmt ein Gewinn für die Demokratie. Die Selektion innerhalb der Parteien würde strenger und die Qualität unserer Parlamente zweifellos besser werden. Manchen aber brächte dies um sein «Pöstlein».

Dennoch ist natürlich jedermann, auch in der SP, hochwillkommen. Wer das Bedürfnis hat, nicht nur aus der Zeitung zu erfahren, wie politisiert wird, sollte unbedingt einer Partei beitreten. Allerdings wird er dann bald sehen, dass die gestaltende Rolle des gewöhnlichen Parteimitgliedes in der Regel gering ist.

Von oben nach unten

geht nämlich meistens die Meinungsbildung vor sich. In der Regel kommt ja der politische Diskussionsstoff aus den Parlamenten. Dort ist vielleicht ein neues Gesetz beraten und beschlossen worden. Die einzelnen Fraktionen haben dazu Stellung bezogen, sie durch ihren Sprecher bekanntgegeben und sich bei der Abstimmung entsprechend verhalten. Dies alles kann das Parteimitglied nur aus der Zeitung erfahren. Meistens wird es zwar mit der von der Fraktion beschlossenen Stellungnahme einverstanden sein; dies ist jedoch, besonders bei Sachabstimmungen, längst nicht immer der Fall. Nun kann es sein, dass ein Referendum ergriffen wird und es zur Volksabstimmung kommen muss. Jetzt erst findet die «Meinungsbildung» der Parteien statt. Diese ist aber schon längst durch die Tätigkeit der Parlaments- und Regierungsvertreter präjudiziert. Es kann durchaus sein, dass die Mehrheit der Parteimitglieder mit diesem Präjudiz nicht einverstanden ist. Dennoch ist es kaum möglich, anders zu entscheiden, ohne «das Gesicht zu verlieren». Ein anderer Entschluss wird erst recht nicht gefasst, weil die Parlaments- und Regierungsvertreter in der Regel auch in den Parteien die Schlüsselpositionen innehaben.

Dieser Ablauf der Meinungsbildung beruht nicht auf bösem Willen. Es fehlt vielmehr an den Voraussetzungen, den Meinungsbildungsprozess weitsichtig zu planen. Die Parteiideologie, sofern man davon überhaupt noch sprechen will, ist heute nicht mehr so eindeutig formulierbar, dass

sich daraus die politischen Entscheidungen gleichsam logisch deduzieren liessen. Das Ganze schliesst sich zu einem

Teufelskreis:

Die Parteien erfassen nur noch einen sehr geringen Teil des Volkes. Deshalb ist es ihnen unmöglich, aus ihren Reihen die wirklichen Volksvertreter zu rekrutieren. (Tatsache ist, dass heute für gewisse Wahlen fast jedes einigermassen geeignete Parteimitglied kandidieren muss, damit die Wahlliste überhaupt gefüllt werden kann.)

Der mangelnde Rückhalt, den die Parteien und ihre Kandidaten im Volk haben, ist ein Grund für das tiefe Misstrauen des Volkes gegenüber den Parlamenten. Dies führt zur Verweigerung der politischen Teilnahme, was den Parteien den Nachwuchs raubt, den sie zur Herbeiführung besserer Zustände nötig hätten.

Grosse Teile unseres Volkes haben nicht das Gefühl, dass das, was in Parteien und Parlamenten geschehe, ihre Angelegenheit sei. Sie leben interesselos am politischen und demokratischen Geschehen vorbei und nehmen nur nebenbei, mehr zufällig, von dem Kenntnis, was «die da» wieder gemacht haben. Der Staat ist zu einer anonymen Grösse geworden, dem man Leistungen darbringt und von dem man dafür gewisse Erleichterungen erwartet.

Aufgabe der Parteien in der Demokratie ist es, die lebendige Beziehung zwischen Volk und Staat herzustellen. Wer aktives Parteimitglied ist, weiss, dass dies möglich ist.

Leider aber kümmert sich der grosse Teil des Volkes seit jeher nur dann um Politik, wenn es um seine elementaren Interessen geht. Deshalb sind unsere Parteien allesamt zu blutleeren Phantomgebilden geworden. In ihnen findet nicht in genügendem Masse die lebendige Auseinandersetzung und Willensbildung statt, die dann von den Parlamentsvertretern weitergeleitet werden könnte. Viele Abstimmungsresultate der letzten Zeit beweisen, dass die Parteien in ihrer Gesamtheit nur eine Minderheit erfassen. Anders lässt es sich nicht erklären, dass immer wieder Volksentscheide gegen die geschlossene Phalanx aller Parteien gefällt werden.

Der Mitgliederbestand der Parteien — und damit das Selektionssubstrat für die Parlamentswahlen — wird immer kleiner. Wen wundert es da, dass die abseits stehende Mehrheit des Volkes sich durch diese Parlamente nicht vertreten fühlt?

Schuld an diesem Missverhältnis sind nicht die Parteien und schon gar nicht jene Parteimitglieder, die sich noch aktiv um die Politik kümmern. Leider aber nimmt das reine

Versorgungsdenken

auch innerhalb der Parteien immer mehr Raum ein. Für viele ist die Partei nur ein Mittel, sich die Aufstiegschancen in irgendeiner Behörde zu

verbessern. Wer aber möglichst rasch vorwärtskommen will, muss versuchen, überall beliebt zu sein. Diesem Ziel zuliebe wird oft die eigene Meinung verschwiegen, ja verleugnet.

Aber auch die Parteien als solche sind in Gefahr, zu reinen Profiteuren zu werden. «Was will das Volk hören?» heisst die Frage, nicht «Was ist unser Ziel?». In Wahlzeiten spricht heute sehr oft der Werbefachmann, nicht der Politiker, das entscheidende Wort. Heute muss aber auch der grösste Optimist anerkennen, dass nicht jede Tendenz im Volke förderungswert ist; man denke nur an die Verschwendungssucht und den mangelnden Sparwillen! Parteien, die mit allen möglichen demoskopischen und psychologischen Methoden die geheimen Wünsche des Volkes erforschen, um ihm diese nachher im Wahlkampf vorzusetzen, sägen am Ast, auf dem die Demokratie mitsamt den Parteien sitzt!

Es werden heute oft kritische Gedanken über die Demokratie in den Parteien geäussert. Diese dürfen sich aber nicht nur auf die Sozialdemokratische Partei beziehen. Die kritisierten Erscheinungen sind wohl, weil durch das System begründet, in allen Parteien festzustellen. In unserer Partei ist die interne Demokratie wahrscheinlich sogar besser verwirklicht als in andern. Demokratie in destilliert reiner Form hat es wohl noch nie gegeben und wird es auch kaum je geben. Es wird immer Leute geben, deren Worte mehr Gewicht haben als die anderer. Gerade auch unsere Partei hat durch das Wirken starker Persönlichkeiten Ausstrahlungskraft und Attraktion gewonnen. Gefährlich aber wird es, wenn solche starke Stellungen institutionalisiert und von Leuten eingenommen werden, die dazu nicht das persönliche Format haben.

In kurzer Zeit werden unsere Parteisektionen an die Bestimmung der Nationalratskandidaten gehen. Hoffentlich sind sich dabei die verantwortlichen Instanzen der grossen Bedeutung dieses Aktes bewusst. Wenn wir Jungen dabei geneigt sind, nicht jedes Vorgehen kritiklos zu billigen, so ist dies nicht unbedingt «Neid» oder ein «neurotisches Symptom» (wie sich kürzlich ein prominenter Basler Genosse ausgedrückt hat). Mein Artikel hat vielleicht gezeigt, dass es dafür auch ernsthaftere Gründe gibt.